

Chancengerechtigkeit

Auch 2026 in Deutschland noch eine Illusion

Autorin: Rebecca Hümmer, Mitglied im BSW-Landesvorstand Bayern

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft noch immer in erschreckendem Ausmaß über Bildungswege, Abschlüsse und spätere Lebenschancen.

Aktuelle Auswertungen wie der ifo-Chancenmonitor vom 28. April 2026 und die LIfBi-Auswertung vom 11. März 2026 zeigen, dass soziale Bildungsungleichheiten sehr früh entstehen und sich über den gesamten Bildungsweg verfestigen. Der Nationale Bildungsbericht 2024 bestätigt diesen Befund in der Breite. Mit anderen Worten: Das Problem beginnt nicht erst beim Abitur oder beim Studium, sondern viel früher – und es begleitet Kinder aus Arbeiterfamilien, armen Haushalten und bildungsfernen Milieus oft durch das ganze System.¹ Der Nationale Bildungsbericht 2024 bestätigt diesen Befund in der Breite.² Bereits 2024 hat das ifo Institut auch in einer Untersuchung zu den Bundesländern dargelegt, dass ausgerechnet Bayern, das sich so gern als Bildungsland inszeniert, bei der Chancengerechtigkeit keineswegs glänzt.³

Wer es mit sozialer Gerechtigkeit ernst meint, kann diese Erkenntnisse nicht als Randnotiz behandeln. Sie berühren den Kern der sozialen Frage in unserem Land.

Kernproblem sozialer Gerechtigkeit

Chancengerechtigkeit ist kein Spezialthema für Bildungspolitiker, sondern ein Prüfstein jeder Politik, die soziale Gerechtigkeit umsetzen will. Wenn Kinder aus Arbeiterfamilien, aus armen Haushalten oder aus bildungsfernen Milieus trotz Fähigkeit und Anstrengung schlechtere Chancen haben, beruflich aufzusteigen, dann ist das keine gerechte Leistungsgesellschaft, sondern ein System, in dem Privilegien weitergegeben oder sogar vererbt werden.

Unser Co-Parteivorsitzender Fabio De Masi benennt genau dieses verlorene Aufstiegsversprechen. Er sagt, der Maßstab für eine Partei, die das Vertrauen der hart arbeitenden Menschen verdiene, sei, dass in Deutschland das Aufstiegsversprechen wieder gilt; er selbst sei „das Ergebnis eines solchen Aufstiegsversprechens“.

Auch unsere Co-Vorsitzende Amira Mohamed Ali macht klar, worum es geht: Die jüngere Generation

¹ www.ifo.de/pressemitteilung/2026-04-28/soziale-herkunft-entscheidend-fuer-bildungschancen-jungen-im-nachteil
www.lifbi.de/de-de/Start/Aktuelles-Medien/Neuigkeiten/details/gleiche-leistung-ungleiche-chancen

² „Bildung in Deutschland kompakt 2024“

www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024-kompakt.pdf/

³ PM „Bildungschancen unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern“

<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-05-13/bildungschancen-unterscheiden-sich-deutlich-zwischen-den-bundeslaendern>

brauche bessere Perspektiven, und dafür müsse in Bildung investiert werden.⁴

Eine Partei, die die Interessen aller Menschen vertreten will, muss dafür kämpfen, dass soziale Mobilität wieder Realität wird.

Wir üben in unserem Parteiprogramm ausdrücklich Kritik daran, dass ein Schulsystem Kindern aus weniger begüterten oder gebildeten Familien „Bildungs- und Lebenschancen“ verweigert und halten auch im Wahlprogramm von 2025 fest, dass gute Bildung entscheidend ist für „Aufstiegschancen und Lebensperspektiven“. Denn wenn Kinder aus Arbeiterfamilien trotz gleicher Fähigkeiten schlechtere Chancen haben als jene aus wohlhabenden und bildungsnahen Elternhäusern, läuft etwas gewaltig schief.

Der Stallgeruch bleibt

Im letzten Nationalen Bildungsbericht ist es nachzulesen: Nur 32 Prozent der Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien erhalten eine Gymnasialempfehlung, aber 78 Prozent der Kinder aus privilegierten Elternhäusern. Selbst wenn man Leistungen und Noten berücksichtigt, bleibt der Unterschied erheblich: Bei gleichen Leistungen und Noten wechseln 44 Prozent der benachteiligten Kinder aufs Gymnasium, aber 58 Prozent der privilegierten. Das Problem ist also nicht nur, dass Kinder unterschiedlich starten. Das Problem ist, dass das System diese Unterschiede nicht zuverlässig ausgleicht.⁵

Die LIfBi-Auswertung vom 11. März 2026 verschärft dieses Bild noch einmal. Sie zeigt, dass soziale Ungleichheiten nicht erst am Ende der Schulzeit sichtbar werden, sondern bereits früh einsetzen und sich dann verfestigen. Kinder mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen beginnen ihre Schullaufbahn von ebenso unterschiedlichen Startpunkten. Außerdem werden vergleichbare Leistungen und Kompetenzen von Lehrkräften unterschiedlich bewertet, was sich in Übergangs- und anderen Bildungsentscheidungen widerspiegelt. Ein gerechtes Leistungsprinzip lässt sich unter solchen Bedingungen nicht einfach behaupten, denn Leistung entsteht eben nicht im luftleeren Raum.⁶

Auf Basis von Daten zu knapp 68.000 Kindern und Jugendlichen ist seit Ende April im neuen ifo-Chancenmonitor⁷ nachzulesen, wie extrem die Unterschiede inzwischen ausfallen: In der am stärksten benachteiligten Herkunftsgruppe liegt die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs bei nur 16,9 Prozent, in der privilegiertesten bei 80,3 Prozent. Die Studie empfiehlt unter anderem mehr

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=2tST1pd2FuU>

https://www.youtube.com/watch?v=_JEz3AV6ytE

⁵ <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024-kompakt.pdf/%40%40download/file/bildungsbericht-2024-kompakt.pdf>

<https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024-kapitel-d.pdf/%40%40download/file/Bildungsbericht-2024-Kapitel-D.pdf>

⁶ <https://www.lifbi.de/de-de/Start/Aktuelles-Medien/Neuigkeiten/details/gleiche-leistung-ungleiche-chancen>
https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LIfBi%20Forschung%20kompakt/LIfBi-Forschung-kompakt%20_07_Soziale%20Ungleichheiten.pdf

⁷ <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2026-04-28/soziale-herkunft-entscheidend-fuer-bildungschancen-jungen-im-nachteil>

<https://www.ifo.de/DocDL/sd-digital-2026-05-woessmann-etal-chancenmonitor.pdf>

frühkindliche Förderung, stärkere Unterstützung benachteiligter Familien, gute Lehrkräfte an Schulen mit schwierigen sozialen Lagen, kostenfreie Nachhilfeprogramme und ein späteres Aufteilen in verschiedene Schularten.

Diese Erkenntnisse sind für uns zentral, denn sie widerlegen das bequeme Narrativ, wonach Bildungsungleichheit vor allem Folge individueller Defizite und nicht erbrachter Leistung sei.

Im Mai 26 ist der neueste UNICEF-Bericht zum Kindeswohl erschienen und unterstützt genau diese Beobachtungen: Deutschland liegt insgesamt nur auf Rang 25 von 35, im Bereich der Kompetenzen (Skills) sogar nur auf Rang 34 – das ist alarmierend! Mit den genannten „Kompetenzen“ sind sowohl schulische Grundfertigkeiten wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften als auch soziale Fähigkeiten gemeint. Dass Deutschland hier fast ganz unten steht, ist also ein Hinweis darauf, dass es nicht nur bei Bildungsabschlüssen, sondern schon bei grundlegenden Entwicklungs- und Lernbedingungen große Probleme gibt. Durchwegs gute Entwicklungs- und Bildungschancen sind in Deutschland also keineswegs selbstverständlich.⁸

Wer sich die Daten ansieht, erkennt vielmehr ein System, das zu häufig das Elternhaus belohnt und strukturelle Nachteile nur unzureichend ausgleicht.

Genau daran setzt unsere Programmatik im BSW an: Wir stehen für faire Bildungsmöglichkeiten und Chancengerechtigkeit „von der Kita über die Schule und Ausbildung bis zur Hochschule“ (Wahlprogramm 25) und wir verlangen, dass Kinder Chancen auf Teilhabe, Talentförderung und gute Bildung „unabhängig von der Herkunft“ erhalten.

Es geht um mehr als Gymnasium und Studium

Wer über benachteiligte Kinder im Bildungssystem spricht, darf den Blick nicht auf Gymnasium und Universität verengen. Das wäre selbst schon Ausdruck jener Schiefelage, die wir kritisieren. Die soziale Herkunft wirkt nicht nur beim Übertritt aufs Gymnasium, sondern auch beim Zugang zu guter Ausbildung, bei der Qualität der Ausbildungsberufe und bei späteren Aufstiegschancen. Deshalb soll hier ausdrücklich betont sein, dass Bildungsgerechtigkeit alles umfasst von der Kita über die Schule bis hin zu Ausbildung, Hochschule und Berufsweg.

Ein Industrieland, das sich wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt bewahren will, kann es sich nicht leisten, berufliche Bildung weiter abzuwerten.

Das neue Bildungsprivileg liegt heute oft nicht mehr nur im formalen Abschluss, sondern in Zusatzvorteilen wie perfekten Fremdsprachenkenntnissen, Auslandsaufenthalten, prestigeträchtigen Praktika und sozialen Netzwerken, die vor allem ressourcenstarken Familien offenstehen, so beschreibt es Sahra Wagenknecht (Die Selbstgerechten, Abschnitte „Teure Fremdsprachen“ und „Wer kann sich lange Praktika leisten?“). Das ist keine feuilletonistische Milieukritik, sondern eine präzise Beobachtung moderner sozialer Schließung. Die Bildungsfrage ist also doppelt verzerrt:

⁸ www.unicef.org/innocenti/reports/child-well-being-unpredictable-world
www.unicef.org/innocenti/media/11111/file/UNICEF-Innocenti-Report-Card-19-Child-Wellbeing-Unpredictable-World-2025.pdf

Erstens beim Zugang zu guten Schulen und zweitens beim Zugang zu anderen Qualifikationen, die auf dem Arbeitsmarkt den entscheidenden Unterschied machen mögen.

Der Mythos: Bayern als Vorbild

Die bayerische Staatsregierung pflegt in Bildungsfragen seit Jahren einen Ton des selbstbewussten Eigenlobs. Kultusministerin Anna Stolz sprach zum Schuljahr 2025/26 von einem Bayern, das „fit für die Zukunft“ starte, und hob neue Schwerpunkte wie Medienkompetenz, Chancengleichheit und politische Bildung hervor.⁹ Wenige Wochen später erklärte sie zudem: „Wir wollen die beste Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern“; die Lehrkräfte würden Kinder „unabhängig von ihrer Herkunft bestmöglich fördern“.¹⁰ Als Präsidentin der Bildungsministerkonferenz warb sie jüngst sogar für eine „gesunde und positive Leistungskultur“¹¹. Auch aus der Staatsregierung kommen ähnliche Töne. Wissenschaftsminister Markus Blume sprach 2025 von der „bewährte[n], leistungsstarke[n] und hochkarätige[n] Lehrkräfteausbildung“ in Bayern.¹² Natürlich stimmte auch Ministerpräsident Markus Söder in der Vergangenheit mit ein: „Bayern ist Bildungsland. Schule hat für uns Priorität“; verwiesen wurde auf hohe Bildungsausgaben, 100.000 Lehrkräfte und weitere geplante 9.000 Stellen bis 2028. „Alle Kinder sollen ihre Talente bestmöglich entfalten können“, schob er noch nach¹³.

All das ergibt ein vertrautes Narrativ: Bayern als Bildungsland, Bayern als Qualitätsgarant, Bayern als Vorbild. Da müsste ja alles klappen, solange die Eigenleistung stimmt, oder? Leider ist es eben nicht so einfach.

Die soziale Selektivität hinter der proklamierten Leistungskultur

Nur sprechen die neueren Studien eine andere Sprache. Sie zeichnen kein Bild eines vorbildlichen und gerechten, sondern eines sozial selektiven Systems. Nach der ifo-Untersuchung zu den Bildungschancen in den Bundesländern liegt Bayern beim Chancenverhältnis des Gymnasialbesuchs bei nur 38,1 Prozent und damit am unteren Ende („Chancengleichheit wäre bei 100 Prozent“); entscheidend ist dabei nicht nur, wie viele Kinder insgesamt aufs Gymnasium kommen, sondern wie stark die Chancen vom Elternhaus abhängen. Genau hier fällt Bayern negativ auf. ifo-Bildungsökonom Ludger Wößmann betont ausdrücklich, dass Bildung und Einkommen der Eltern entscheidende Faktoren für die Bildungschancen von Kindern sind. In der Studie wird außerdem mitgeliefert, was mit „benachteiligten Verhältnissen“ gemeint ist, nämlich dass kein Elternteil Abitur hat oder der Haushalt nicht zum obersten Einkommensviertel gehört, und was als „günstige Verhältnisse“ gilt, nämlich mindestens ein Elternteil mit Abitur oder ein Haushalt im obersten Einkommensviertel.¹⁴

⁹ www.km.bayern.de/meldung/fit-fuer-die-zukunft-kultusministerin-anna-stolz-stellt-neuerungen-und-schwerpunkte-des-schuljahres-20252026-vor

¹⁰ www.km.bayern.de/meldung/stolz-beste-bildung-fuer-kinder-unabhaengig-von-ihrer-herkunft

¹¹ www.kmk.org/aktuelles-1/artikelansicht/bayerische-kultusministerin-anna-stolz-uebernimmt-praesidentschaft-der-bildungsministerkonferenz-2026.html

¹² www.km.bayern.de/meldung/der-schoenste-beruf-der-welt

¹³ www.bayern.de/schulwegsicherheit-ist-eine-gemeinschaftsaufgabe/

¹⁴ www.ifo.de/pressemitteilung/2024-05-13/bildungschancen-unterscheiden-sich-deutlich-zwischen-den-bundeslaendern

www.ifo.de/DocDL/sd-2024-05-ungleiche-bildungschancen-woessmann-etal-.pdf

Das ist der springende Punkt: Gute Leistungen zu honorieren, wie Stolz und Blume es fordern, heißt nicht zwangsläufig, die Talentiertesten in der Schule wirklich zu fördern und auf den für sie richtigen Weg zu bringen. Bildungsgerechtigkeit geht anders. Ein System, das früh sortiert, misst eben nicht allein Begabung und Fleiß. Es honoriert oft auch das kulturelle und materielle Kapital des Elternhauses: Sprachsicherheit, Nachhilfe, Vertrautheit mit schulischen Erwartungen, informelle Kenntnis der Spielregeln. Genau darin liegt das Problem. Oder mit Sahra Wagenknecht formuliert: Ein Bildungssystem, das herkunftsbedingte Unterschiede nicht wirksam ausgleicht, reproduziert Privilegien, auch wenn es sich selbst als Leistungssystem beschreibt. (Die Selbstgerechten, Abschnitt „Bildung: Ausgleich herkunftsbedingter Unterschiede“).

Wenn der Stallgeruch am Ende mehr zählt als das Zeugnis

Hinzu kommt eine zweite Ebene, über die im parlamentarischen Bayern-Duktus weit seltener gesprochen wird: die wachsende Ungleichheit zwischen Schulen, Milieus und sozialen Netzwerken. Wer in stabilen, bildungsnahen Verhältnissen aufwächst, profitiert nicht nur von besseren Voraussetzungen zu Hause, sondern häufig auch von stärkeren schulischen Umfeldern, engagierten Fördervereinen, selbstverständlicheren Aufstiegserwartungen und den „richtigen“ Zusatzgelegenheiten. Karrieren verlaufen in Deutschland eben nicht nur über Zeugnisse, sondern nicht selten auch über Kontakte, Empfehlungen und Milieuzugehörigkeiten. Auch dazu Sahra Wagenknecht: „Durch die Abschottung der wohlhabenden Schichten und die Wiederkehr des Bildungsprivilegs werden Lebenschancen wieder in erster Linie von der Herkunft und nicht von eigener Leistung und Anstrengung bestimmt.“ (Die Selbstgerechten, Abschnitte „Teure Fremdsprachen“ und „Wer kann sich lange Praktika leisten?“).

Zu diesen informellen Rekrutierungswegen gehören in Deutschland mitunter auch traditionelle Verbindungsnetzwerke. Dabei geht es nicht nur um Burschenschaften, sondern auch um andere studentische Verbindungen und langlebige Milieus, in denen Kontakte, Empfehlungen und Zugehörigkeit oft weit über die Studienzeit hinauswirken. Für den hier entscheidenden Punkt ist weniger die genaue politische oder kulturelle Einordnung solcher Verbindungen wichtig – obwohl das Thema durchaus einen eigenen Exkurs wert wäre – als ihre soziale Funktion: Solche Netzwerke stiften Zugehörigkeit, fördern Karrieren und eröffnen Zugänge zu angesehenen Berufen, Praktika und Einflusszonen. Ähnlich wirken auch andere, weniger sichtbare Netzwerke, die vielen Menschen von vornherein nicht in gleicher Weise offenstehen: exklusive Alumni-Kreise, alte Schul- und Internatsmilieus, parteinahe Nachwuchsstrukturen, berufsständische Zirkel oder familiär gewachsene Kontakte in Kanzleien, Unternehmen, Medien und Verwaltung. Nicht jede dieser Verbindungen ist für sich genommen anrühlich. Problematisch wird es dort, wo solche Milieus faktisch mit darüber entscheiden, wer ein begehrtes Praktikum erhält, wer empfohlen wird, wer souverän durch Auswahlgespräche kommt und wer überhaupt frühzeitig erfährt, welche Wege offenstehen. Wer aus diesen Zusammenhängen stammt, erlebt solche Zugänge oft als selbstverständlich. Wer nicht dazugehört, muss sich dieselben Wege mühsamer, später oder mit deutlich geringeren Erfolgschancen erschließen. Auch auf diese Weise wird sichtbar, wie eng Bildungswege, soziale

Milieus und spätere Karrierechancen in Deutschland bis heute miteinander verflochten sind.

Traurige bayerische Wirklichkeit

Selbst dort, wo die Staatsregierung inzwischen stärker auf Förderung benachteiligter Kinder verweist, bleibt die Diskrepanz auffällig. Anna Stolz erklärte im Zusammenhang mit dem Startchancen-Programm, Bayern wolle „die beste Bildung für alle jungen Menschen – auch für die mit schwierigeren Startbedingungen“. ¹⁵ Das Ziel ist richtig. Dass soziale Lage für Bildungschancen relevant ist, zeigt inzwischen sogar die staatliche Förderlogik selbst: Im Startchancen-Programm werden Schulen in Bayern nach einem Sozialindex ausgewählt, der unter anderem Kinderarmut, Familiensprache und Akademikerquote berücksichtigt. ¹⁶ Aber gerade die ifo-Befunde zeigen, dass Bayern von einer strukturellen Abhilfe des Problems noch weit entfernt ist. Und auch aus der Schulpraxis kommt deutlich weniger Zufriedenheit als aus den Pressemitteilungen der Staatsregierung. BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann warnte, man könne „das, was eigentlich Bildung ausmacht“, unter den realen Bedingungen vielerorts nicht mehr in der nötigen Breite leisten. ¹⁷ Zwischen dem politischen Selbstbild des Freistaats und der Wirklichkeit an vielen Schulen klafft eine Lücke.

Aus unserer Sicht ist die Konsequenz klar: Bayern kann keine Vorbildfunktion einnehmen, nur weil es sich selbst als Bildungsland feiert. Maßstab ist nicht die Rhetorik der Staatsregierung, sondern die Fakten und die schlichte Frage, ob die Herkunft an Macht verliert, über den Lebensweg zu entscheiden oder nicht. Solange Kinder aus benachteiligten Familien und Haushalten im Freistaat erkennbar schlechtere Startbedingungen haben, ist Bayern kein Musterfall der Chancengerechtigkeit, sondern vielmehr ein Warnsignal.

Doch Chancengerechtigkeit ist keine rein bayerische Frage. Denn wenn der Bund seine Prioritäten verschiebt, spüren das Länder und Kommunen unmittelbar – auch im Klassenzimmer.

Falsche Prioritäten: Aufrüstung statt Bildung

Wer über Chancengerechtigkeit spricht, darf über Prioritäten im Staatshaushalt nicht schweigen. Das Geld, welches vom Bund in Aufrüstung und Militarisierung investiert wird, fehlt schlicht bei Ländern und Kommunen. Denn inzwischen zeigt sich die Verschiebung der politischen Prioritäten nicht nur an Ankündigungen, sondern an den realen Größenordnungen des Bundeshaushalts. Im Einzelplan 14, also dem regulären Haushalt des Verteidigungsministeriums, lagen die Ist-Ausgaben 2025 bei 59,4 Milliarden Euro; hinzu kamen 19,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr sowie 8,4 Milliarden Euro für die „Ertüchtigung angegriffener Staaten“, im Wesentlichen also für die Unterstützung der Ukraine. Zusammen ergibt das für 2025 bereits 87,3 Milliarden Euro. Für 2026 sind 82,7 Milliarden Euro im Einzelplan 14, 25,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr und 11,5 Milliarden Euro für die Ukraine-Unterstützung vorgesehen – zusammen also 119,7 Milliarden Euro. Und selbst diese Summe bildet das militärische Ausgabengeschehen noch nicht vollständig ab, denn die Bundesregierung weist ausdrücklich darauf hin, dass diese

¹⁵ www.km.bayern.de/meldung/stolz-echter-mehrwert-fuer-kinder-mit-schwierigen-startbedingungen-2

¹⁶ www.km.bayern.de/gestalten/foerderprogramme/startchancen-programm

¹⁷ <https://www.bllv.de/vollstaendiger-artikel/news/wo-ist-eigentlich-kompass-6909>

Gesamtausgaben nicht identisch mit der NATO-Quote sind und weitere Verteidigungsausgaben aus anderen Einzelplänen noch hinzukommen.¹⁸

Es werden also dieses Jahr rund 120 Milliarden Euro in Aufrüstung investiert. „Dieser erhebliche Aufwuchs trägt dem gestiegenen sicherheitspolitischen Handlungsdruck Rechnung.“, ist im Deutschen Fortschrittsbericht 2026 zu lesen.

Finanzielle Spielräume für Kinderbetreuung, Schulen, Hochschulen, Kitas, Kommunen oder soziale Infrastruktur treten dagegen in den Hintergrund; das ist nicht Ausdruck objektiver Knappheit, sondern eine Frage fragwürdiger politischer Prioritätensetzung.

Zugleich wirbt das Bundesfinanzministerium für das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität als Investitionsoffensive für die Zukunftsfähigkeit des Landes: „Wir investieren jetzt so stark wie noch nie zuvor in die Stärke und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit unseren Investitionen sorgen wir dafür, dass Kinder eine gute Bildung bekommen.“

Dieses Sondervermögen umfasst 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen (als Schwerpunkte werden u. a. angeführt Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Forschung, Digitalisierung, Wohnungsbau, Krankenhausinfrastruktur und Transformation); 100 Milliarden Euro des Sondervermögens gehen an Länder und Kommunen. Aber für die drei Bereiche „Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur“, „Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur“ sowie „Kita-Investitionsprogramm“ sind nur 4 Milliarden Euro für die Jahre 2026 bis 2029 ausdrücklich konkretisiert – also 1 Milliarde Euro pro Jahr. Die Wissenschaftsministerkonferenz konkretisiert: „Im Entwurf des SVIKG-Wirtschaftsplans für das Jahr 2026 ist die Verteilung der 1 Mrd. Euro wie folgt vorgesehen: 940 Mio. Euro für ein `Investitionsprogramm Kindertagesbetreuung` und nur 60 Mio. Euro für die `Bund-Länder-Initiative Forschungsbau und Schnellbauinitiative Hochschulen`. Diese Mittelverteilung im Jahr 2026 reicht bei weitem nicht aus, um den erheblichen Investitionsstau auch nur annähernd wirksam aufzulösen.“¹⁹

„Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) fordert mindestens 90 Milliarden Euro für Hochschulbau und energetische Sanierung; Studierendenwerke beziffern den Vierjahresbedarf für energetische Sanierungen in Mensen und Cafeterien auf rund 4 Milliarden Euro.“²⁰

Lassen wir das nochmal Revue passieren: Während dreistellige Milliardensummen für Aufrüstung zur neuen Normalität werden, ist der reale Bedarf im Bildungs- und Infrastrukturbereich längst überwältigend. Das KfW-Kommunalpanel 2025 beziffert den wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand auf 215,7 Milliarden Euro. Allein auf Schulgebäude entfallen davon 67,8 Milliarden Euro; sie sind damit der größte Einzelposten des kommunalen Investitionsstaus. Bis heute dürften sich noch weitere Bedarfe ergeben haben.²¹

Das ist nicht nur eine haushaltspolitische, sondern eine moralische und gesellschaftliche Entscheidung. Wir dürfen nicht an unserer eigenen Zukunft sparen – und erst recht dürfen wir nicht

¹⁸ <https://dserver.bundestag.de/btd/21/058/2105825.pdf> Seite 15, vom 24.4.26

¹⁹ https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2025/2025_10_15-Investitionsstau-aufloesen.pdf

²⁰ www.kmk.org/aktuelles/pressearchiv/mitteilung/wissenschafts-mk-fordert-eine-substanzielle-schnellbauinitiative-mehr-investitionen-und-weniger-buerokratie.html

²¹ <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>
<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2025.pdf>

Geld, das in Schulen, Ausbildung, Hochschulen, Jugendangebote und kommunale Infrastruktur gehört, in immer neue Aufrüstung stecken. Deutschland wappnet sich mit aberwitzigen Summen vermeintlich gegen Bedrohungen, die mitnichten konkret im Raum stehen; im Gegenteil werden sie durch die fanatische Aufrüstung quasi heraufbeschworen. Dafür wird an Bildung und Lebensstandard gespart. So verzerren wir die Realität und verzehren die Zukunft in unserem Land, statt sie aufzubauen.

Kriegstüchtigkeit statt Zukunftsinvestition

Mit dem inzwischen beschlossenen „Neuen Wehrdienst“ und der organisatorischen Neuausrichtung des Verteidigungsministeriums nimmt die Militarisierung in Deutschland längst nicht mehr nur im Haushalt Gestalt an, sondern auch im institutionellen Aufbau des Staates. Wehrpflichtige junge Männer ab Geburtsjahr 2008 werden verpflichtend erfasst, die Musterung wird schrittweise ausgeweitet, die Reserve massiv ausgebaut.²²

Verteidigungsminister Boris Pistorius sagt selbst, dass wegen neuer NATO-Fähigkeitsziele und des Operationsplans Deutschland mindestens 60.000 zusätzliche aktive Soldatinnen und Soldaten sowie eine Reserve von mindestens 200.000 benötigt würden.²³

Parallel dazu wird auch das Ministerium selbst auf Aufwuchs ausgerichtet – mit neuen Hauptabteilungen wie „Streitkräfte“ und „Aufwuchs“, mit der ausdrücklichen Konzentration auf NATO-Fähigkeitsziele, den Operationsplan Deutschland und den Ausbau militärischer Mobilität.²⁴ Hinzu kommt nun, dass die Standorte für 24 Musterungszentren deutschlandweit festgelegt sind; in Bayern sollen neue Zentren in Kempten, Regensburg und Würzburg entstehen – jeweils mit rund 50 zivilen Dienstposten – während Nürnberg zu den bereits bestehenden Standorten gehört.²⁵

Mit dem „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ (sog. Bundeswehrgesetz) wurden landesrechtliche Regelungen angepasst, um der Bundeswehr den Zugang zu Forschung und Entwicklung an Hochschulen zu sichern, ihren Zutritt zu Schulen zu erleichtern, militärisches Bauen voranzutreiben und die Landesplanung stärker auf Verteidigungsinteressen auszurichten. Angeblich entstünden dadurch keine zusätzlichen Kosten; sicher wird der Aufwand allerdings nicht kostenlos sein – er wird eben aus dem bestehenden Haushalt gedeckt. Der zusätzliche Aufwand für Bildungsinstitutionen, die stärkere militärische Präsenz im Schul- und Hochschulbereich und die Verlagerung staatlicher Prioritäten werden dabei wenig berücksichtigt.

Und jetzt kommt der Clou: Auf eine konkrete Frage, ob und wie das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ bereits angewendet wurde antwortet die Staatsregierung: „Die angefragten Daten werden von der Staatsregierung nicht erhoben.“²⁶

²² www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst

²³ www.bmvg.de/de/aktuelles/minister-pistorius-stellt-neuen-wehrdienst-vor-5791920 | www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-boris-pistorius--2363906

²⁴ www.bmvg.de/de/presse/bmvg-richtet-sich-organisatorisch-neu-aus-5981760

²⁵ <https://www.bundeswehr.de/de/menschen-karrieren/neuer-wehrdienst/musterung/musterungszentren>

²⁶ www.bayern.landtag.de/www/FlanTextAblage_WP19/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000006000/0000006220.pdf

Im zweiten Halbjahr 2025 antwortete aber die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage²⁷ mit aktuellen Zahlen zu Bundeswehrauftritten im Bildungsbereich. Für Bayern weist die Antwort in Anlage 12 für 2025 insgesamt 864 öffentliche Auftritte an Schulen aus – davon 345 in der Sekundarstufe I, 227 in der Sekundarstufe II, 290 an Berufsschulen und 2 in sonstigen bzw. sonderpädagogischen Bereichen. Hinzu kommen, einzusehen in Anlage 13, 12 Auftritte an Hochschulen. In beiden Fällen gilt ausdrücklich, dass die geplanten Termine des vierten Quartals 2025 bereits mit eingerechnet sind.

In der Gesamtschau wird nicht nur aufgerüstet, hier wird ein dauerhafter militärischer Aufwuchs organisatorisch, personell, finanziell und mental vorbereitet; eine Investition gegen die Zukunft junger Menschen, nicht in ihre Zukunft.

LeistungsUNgerechtigkeit

Ist die junge Generation also einfach selbst ihres Glückes Schmied, nach dem Motto: Anpacken und Erfolg haben? Schön wär's. Leider hat das bereits bei Generation X nicht mehr funktioniert, doch der Mythos hält sich hartnäckig. Fleiß hilft auf dem Weg zum Erfolg gewiss ein Stück weiter. Von echter Leistungsgerechtigkeit sind wir in Deutschland aber weit entfernt. Gerade für Kinder aus einfachen Verhältnissen wäre der Leistungsgedanke kein Feind, sondern eine Schutzidee. Denn wer keine reichen Eltern, keine Netzwerke und kein abgesichertes Umfeld hat, ist darauf angewiesen, dass gute Leistungen auch wirklich zählen. Wenn aber Herkunft stärker wirkt als Können, werden Aufstiegsversprechen und die angedachte soziale Demokratie ausgehöhlt.

In unserem Parteiprogramm heißt es: „Der persönliche Wohlstand darf keine Frage der sozialen Herkunft sein; jedes Kind hat Anspruch darauf, dass seine Talente entdeckt und gefördert werden.“ Auch unser Wahlprogramm 2025 betont, dass gute Bildung entscheidend für Aufstiegschancen und Lebensperspektiven ist – und dass Kinder und Jugendliche in Deutschland eben nicht annähernd gleiche Bildungschancen unabhängig von ihrer Herkunft haben.

Wer ernsthaft von Leistungsgerechtigkeit sprechen will, darf nicht so tun, als beginne der Wettbewerb bei null. Genau deshalb ist Chancengerechtigkeit eine Schlüsselfrage sozialer Gerechtigkeit. Für das BSW folgt daraus ein klarer politischer Auftrag. Für echte Chancengerechtigkeit muss zuerst dort investiert werden, wo Zukunft entsteht, nicht dort, wo sie endet.

Erstens: Herkunftsunterschiede früh und wirksam ausgleichen.

Eine echte Leistungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das herkunftsbedingte Unterschiede früh ausgleicht, statt sie früh festzuschreiben und das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb braucht es starke, kostenlose Kitas, frühe Sprachförderung, individuelle Unterstützung und gut ausgestattete Ganztagschulen mit gemeinsamer Hausaufgabenbetreuung. Der soziale Sektor muss gestärkt werden. Nur so wird der Bildungserfolg weniger abhängig davon, was Eltern zuhause leisten können.

Zweitens: spätere Selektion statt früher Auslese.

Bayern zeigt besonders deutlich, wie problematisch die frühe Trennung der Bildungswege ist. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Wer zu früh aussortiert, verwechselt soziale Prägung mit

²⁷ <https://dserver.bundestag.de/btd/21/016/2101682.pdf>

Begabung. Deshalb ist eine spätere Entscheidung über verschiedene Schulformen der gerechtere Weg. Genau diese Kritik findet sich auch in unserem Wahlprogramm: Eine zu frühe Festlegung der Schullaufbahn bereits nach der vierten Klasse gehört zu den Gründen dafür, dass Elternhaus und soziale Herkunft den Bildungsweg so stark beeinflussen.

Drittens: hohe Standards für alle statt abgesenkter Ansprüche.

Chancengerechtigkeit entsteht nicht dadurch, dass man Anforderungen senkt. Wer Kindern aus benachteiligten Verhältnissen mit niedrigerem Anspruchsniveau begegnet, hilft ihnen nicht, sondern benachteiligt sie ein zweites Mal. Gerade Lesen, Schreiben, Rechnen, Sprachkompetenz und solides Fachwissen müssen für alle gesichert werden. Dazu sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Viertens: Ausbildung und berufliche Bildung ernst nehmen.

Wir denken Bildungsgerechtigkeit ausdrücklich von der Kita über Schule und Ausbildung bis zur Hochschule. In unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl fordern wir ein Recht auf einen Ausbildungsplatz, eine bessere Berufsvorbereitung, moderne Berufsschulen und die Aufwertung mittlerer Schulabschlüsse und klassischer Ausbildungsberufe. Gerade für ein Industrieland ist das zentral. Berufliche Bildung darf nicht wie ein Weg zweiter Klasse behandelt werden.

Fünftens: in Bildung investieren statt in Aufrüstung.

Milliarden für Hochrüstung fehlen bei Bildung, Ausbildung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Deshalb gehört für uns zur Chancengerechtigkeit nicht nur, mehr in Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen zu investieren, sondern auch eine klare Absage an die Militarisierung von Bildungsräumen. Bundeswehr, Konzernlobbyismus und Kommerz haben an Schulen nichts verloren. Statt militärischer Präsenz und Werbelogik brauchen wir mehr politische Bildung, friedenspädagogische Formate und Demokratiebildung.

Eine folgende Überlegung ist, ob Bildung und Ausbildung so weit wie möglich kostenfrei sein sollte. Denn Chancengerechtigkeit endet nicht an der Schultür. Wer neben dem Studium oder sogar der Schule arbeiten muss, hat einen entscheidenden Nachteil. Bayern war eines der letzten Bundesländer, das nach einer glücklicherweise gescheiterten Gebührenphase an Hochschulen (2007-2013/14) die Studiengebühren an Universitäten wieder abgeschafft hat. Es bleibt darauf zu warten, wann und ob dieses Pferd wieder gesattelt werden soll; mit verheerenden Auswirkungen für weniger gut Begüterte. Staatliche Bildungseinrichtungen müssen nicht nur kostenfrei sein und bleiben, sondern sollten sich in ihrer Ausstattung und Lehrqualität auch mit privaten Alternativen messen lassen können. Investitionen sind also unerlässlich.

Solange aber Bildung an entscheidenden Stellen zur Kostenfrage wird, bleibt auch Herkunft und vor allem der Geldbeutel der Eltern ein Machtfaktor. Wirklich freie Bildung wäre deshalb nicht bloß eine soziale Entlastung, sondern ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe und am Ende auch zu einer Gesellschaft, in der Leistung tatsächlich stärker zählt als Herkunft.

Nicht Herkunft, sondern Zukunft muss zählen

Die neuen Erhebungen aus dem ersten Halbjahr 2026 sprechen eine klare Sprache: Wenn der ifo-Chancenmonitor aufzeigt, wie stark Bildungschancen in Deutschland noch immer von der sozialen Herkunft abhängen, und die LfBi-Auswertung belegt, dass diese Ungleichheiten früh entstehen und sich über den gesamten Bildungsweg verfestigen, dann ist das mehr als ein bildungspolitisches

Alarmsignal. Es ist ein Befund über den Zustand unserer Gesellschaft. Und wenn ausgerechnet Bayern sich zugleich als Vorzeigeland der Leistung inszeniert, während die sozialen Unterschiede dermaßen deutlich zutage treten, dann ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit umso offensichtlicher.

Eine gerechte Gesellschaft erkennt man nicht daran, wie oft sie von Leistung spricht, sondern daran, ob sie faire Ausgangsbedingungen schafft. Wer Chancengerechtigkeit ernst meint, darf Herkunftsnachteile nicht bloß verwalten, sondern muss sie politisch zurückdrängen. Dafür braucht es den Mut, Privilegien als Privilegien zu benennen, ungleiche Chancen nicht zu beschönigen und öffentliche Mittel dorthin zu lenken, wo Zukunft tatsächlich entsteht. Wir wollen unser Land zukunftsfähig machen – und zwar nicht durch Investitionen in Aufrüstung und Krieg, sondern durch gesicherte und gute Bildung und Ausbildung, durch soziale Sicherheit und durch starke öffentliche Strukturen.

© 2026, Rebecca Hümmel . Dieses Paper steht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0, Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International, Zitate erlaubt

Kontakt: rebecca.huemmer@bsw-unterfranken.de